



SPD-Fraktionsvorsitzendenrunde RUHR

SPD-Ratsfraktion • Friedensplatz 1 • 44135 Dortmund

Dortmund, 27.05.2020

Ministerpräsident des Landes NRW
Herrn Armin Laschet
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Norbert Schilff
Sprecher der
SPD Fraktionsvorsitzendenrunde
RUHR

Fon: (0231) 57 45 - 13/14
Fax: (0231) 57 91 47
fraktion@spd-fraktion-dortmund.de

Rettungsschirm für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen hier: Weg in eine veränderte Zeit nach der Coronakrise

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in unserem Land durchleben eine Zeit, die uns alle vor große Herausforderungen gestellt hat und auch künftig wird.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen hierbei in direktem Fokus der Menschen. Hier sind die Probleme zuerst spürbar, hier werden zuerst die Sorgen geäußert, hier werden pragmatische Lösungen erarbeitet, hier wird zuerst wieder eine Perspektive entwickelt und hier werden zuerst wieder Grundlagen für die Zukunft gelegt.

Wir, die SPD-Fraktionsvorsitzenden großer Städte und Kreise in der Metropole Ruhr, blicken aber bereits heute auf das, was morgen unser Handeln leiten soll. Unsere Städte und Kreise kennen den Umgang mit dem Strukturwandel, den viele von uns bereits mehrfach durchlebt haben. Ein erneuter Strukturwandel wird uns in den kommenden Jahren begleiten. Er wird diesmal davon geprägt sein, die Auswirkungen der Coronakrise zu bewältigen. War der Strukturwandel der Vergangenheit vielfach wirtschaftlich geprägt, so wird nunmehr ein umfassender Strukturwandel auf uns zukommen. Er wird alle Lebensbereiche von Bildung, Mobilität, Tourismus, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Kultur etc. erfassen. Wir, die SPD-Fraktionsvorsitzenden der großen Städte und Kreise in der Metropole Ruhr, sehen hier aber auch große Chancen für Deutschland, unser Bundesland und den europäischen Verbund.

Diese Chancen, durch konkrete Maßnahmen und Projekte veränderte Lebensbedingungen zu erreichen, können die Kommunen aber nicht allein realisieren. Hierzu bedarf es insbesondere der Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen und Ihrer Regierung. Nur Land und

Kommunen gemeinsam können den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen und Verbänden, den Handels- und Gewerbetreibenden, den Kulturschaffenden und allen anderen Gruppen und Vereinigungen eine solide Zukunftsperspektive geben.

Dabei haben wir in besonderem Maße die heutigen Kindergartenkinder, die Schülerinnen und Schüler, die Auszubildenden, die Studierenden – also die jüngere Generation im Blick. Sie darf in den kommenden Jahrzehnten nicht Verlierer der Pandemiephase sein. Schon heute verlangen wir dieser Generation viel ab. Geben wir ihnen möglichst viel mit auf den Weg, dass auch sie ihren Lebensweg selbstverantwortlich und selbstständig gestalten können. Geben wir ihnen nicht die Lasten der Zukunft ausschließlich mit auf den Weg.

Die SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Metropole Ruhr haben sich dazu über die Stadtgrenzen hinaus zu Zielen bekannt, die sie gemeinsam tragen. Sie tragen sie auch, weil die SPD in vielen Kommunen die stärkste Fraktion in den Räten und Kreistagen stellt. Diese Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern wollen wir mit klaren Zielen gegenüber den Menschen in unseren Städten kommunizieren und umsetzen. Gerne würden wir dabei auf die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen hinweisen.

Unser Ziel ist es nicht, überholte Mechanismen der Vergangenheit durch finanzielle Unterstützung überleben zu lassen. Finanzielle Unterstützungen müssen dort fließen, wo Neuerungen und bessere Lebensbedingungen möglich sind. Das erwarten die Menschen von uns. Das stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Wir wollen, dass die Menschen sich an diesem Prozess beteiligen können. Das waren auch einige Ihrer Maßstäbe an die Ziele der Ruhrkonferenz.

Unsere Ziele für einen Weg in eine veränderte Zeit nach der Coronakrise sind:

- unsere **Bildungs- und Präventionsketten**, die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden helfen, dürfen nicht erst nach dem Schulabschluss greifen,
- unsere kommunalen **Gesundheitsdienste** müssen für mehr Präventionsarbeit umgebaut werden, die Digitalisierung muss für den gesamten Medizinbereich und die lokal agierenden Ärzte, Krankenhäuser und Feuerwehren vorangetrieben werden,
- die Vergaberichtlinien für Aufträge der öffentlichen Hand müssen im Interesse unserer **Handels- und Gewerbetreibenden** einfacher gestaltet werden
- unsere Städte und Kreise müssen den **Klimaschutz** weiter präferieren und die Emissionsreduzierung durch die Verbannung fossiler Brennstoffe aus Haushalten und öffentlichen Gebäuden forcieren,
- unsere **Kultureinrichtungen** brauchen Unterstützung bei ihrem Bildungsauftrag und der Erschließung neuer Medien- und Besucherkanäle,
- unsere **Mobilität** braucht sichere Verkehrswege für alle und Verkehrsleittechnik in Echtzeit unter Berücksichtigung von Mobilitäts-, Umwelt- und Klimadaten,
- unsere **öffentliche Daseinsvorsorge** braucht wirtschaftlich starke kommunale Unternehmen in den Bereichen Ver- und Entsorgung, Wohnungswirtschaft und öffentlicher

Personennahverkehr, da sie Säulen unserer wirtschaftlichen und sozialen Stabilität sind,

- unser **öffentlicher Personennahverkehr** braucht den Ausbau von Fahrstrecken und Fahrtakten, daneben muss die digitale Leittechnik Standard sein,
- unsere **Schulen** brauchen beste, digital unterstützte Lernbedingungen und gute sanitäre Standards,
- unser **Tourismus** muss die Region für Besucher aus dem In- und Ausland als attraktives Reiseziel definieren und kann mit seiner außergewöhnlichen Bandbreite punkten,
- unsere **Wirtschaft** braucht schnelle Internetverbindungen und den Ausbau der Glasfaser- und Mobilfunknetze, um die Digitalisierung voranzutreiben,
- unsere **Wohnungswirtschaft** muss mittel- und langfristig die Sicherstellung eines Angebotes von preiswerten Wohnungen leisten können und dem Rückgang der Sozialwohnungsbestände entgegenwirken,

Dafür brauchen wir die schnelle Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die aktuelle Steuerschätzung vom 14. Mai 2020 zeigt, wie dramatisch sich die Ertragssituation der Kommunen entwickeln wird. Die Auswirkungen zeigen sich bereits heute in bestürzender Art und Weise in den Quartals- und Monatszahlen unserer Kommunen. Daher begrüßen wir den aktuellen Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, neben der Übernahme von Altschulden, hier einen finanziellen Rettungsschirm in Höhe der erwarteten kommunalen Steuerausfälle zu übernehmen. Dies sichert die dringend erforderlichen Impulse und Aufträge in die heimische Wirtschaft durch die Kommunen.

Wir fordern Sie auf Herr Ministerpräsident, den guten Vorschlägen zu folgen und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen finanziell so auszustatten, dass diese Arbeit geleistet werden kann. Wir lehnen Ihre angedachten Lösungen zu Lasten nachfolgender Generationen ab.

Seien Sie sicher, dass wir alles in unserer Macht stehende tun werden, um unsere Haushalte solide und zukunftssicher zu gestalten. Sehr gerne stehen wir für einen weiteren Gedanken- und Meinungsaustausch zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Schilff – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Dortmund



Peter Reinirkens - Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Bochum



Thomas Göddertz – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Bottrop



Bruno Sagurna – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Duisburg



Daniel Pilz – Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Ennepe-Ruhr-Kreis



Claus Rudel – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Hagen



Justus Moor – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Hamm



Udo Sobieski – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Herne



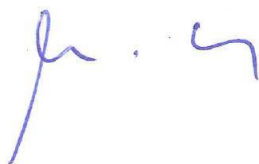
Dieter Spliethoff – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Mülheim an der Ruhr



Martina Schmück-Glock – Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Regionalverband Ruhr



Brigitte Cziehso - Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Unna



Uwe Rath – Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Witten

Kopie an:

Bundesministerium der Finanzen – Olaf Scholz

Sprecher der Ruhr-MdB der SPD-Bundestagsfraktion – Michael Groß